

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters

Herrn Ausschussvorsitzender
Michael Paetzold

Rathaus · 50667 Köln
Fon 0221. 221-23830
Fax 0221. 221-23833
fdp-fraktion@stadt-koeln.de
www.fdp-koeln.de

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 26.08.2013

AN/1020/2013

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Soziales und Senioren	12.09.2013

Netzwerk gegen häusliche Gewalt - Statistik 2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren zu setzen.

Nach Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes wurden als Bindeglied zwischen Polizei, den bestehenden Beratungsstellen und -diensten, den Frauenhäusern, Notschlafstellen und Angeboten der Jugend- und Gefährdetenhilfe im September 2002 zwei Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt installiert. Die Interventionsstellen werden auf der Grundlage eines Ratsbeschlusses durch das Amt für Soziales und Senioren institutionell gefördert. Die Interventionsstellen stehen im Rahmen des „Netzwerkes gegen häusliche Gewalt“ in einer kontinuierlichen Kooperation mit den unterschiedlichen Institutionen, die sich zum Ziel gesetzt haben, ein effektives Vorgehen im polizeilichen, strafrechtlichen, zivilrechtlichen sowie im sozialen Bereich zu erreichen und zu sichern.

Aus der beigefügten Statistik für das Jahr 2012 ergibt sich u.a., dass die Strafanzeigen im entsprechenden Bereich bei der Polizei weiterhin gestiegen sind. Eine Angabe zur Staatsangehörigkeit bzw. Herkunft bei den Tätern enthält die Statistik für das Jahr 2012 nicht, obwohl die Verwaltung in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 4. November 2010 eine entsprechende Zusage auf Anregung der FDP-Fraktion abgegeben hatte.

Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln bitte in diesem Zusammenhang um Beantwortung folgender Fragen:

1. Mit welcher Begründung hat die Verwaltung ihre o.g. Zusage nicht eingehalten?
2. Inwieweit wird die Verwaltung die Statistik für das Jahr 2012 noch entsprechend vervollständigen?
3. Wie will die Verwaltung mit dieser Frage in den kommenden Jahren umgehen?

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Ulrich Breite
Geschäftsführer

Katja Hoyer
Sozialpolitische Sprecherin